

Schweizerisches Aktionskomitee gegen staatliches Preisdiktat
Presseausschuss, Postfach 1032, 3001 Bern/Geschäftsstelle,
Postfach 502, 8034 Zürich, Tel. 01 / 74 12 51

Bern, 17. November 1982 AS/flo

An die Redaktionen der
deutschsprachigen Presse

Sehr geehrte Damen und Herren

Quer durch die Parteien gehen Pro und Kontra zu den beiden Preisüberwachungsvorlagen, die bereits in zehn Tagen zur Abstimmung kommen. Die Gründe gegen einen staatlichen Eingriff, sei er nun permanent oder nur temporär, werden je mehr man sich mit der Materie vertraut macht, desto gewichtiger.

Wir stellen ihnen auch heute wieder einige Artikel, die für ein doppeltes Nein werben, zur freien Verfügung. Eine Zusammenfassung aller Gründe, die gegen ein staatliches Preisdiktat sprechen, enthält der Artikel "Gute Gründe gegen die Preisüberwachung".

Indem wir Ihnen für Ihre Unterstützung danken, verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
GEGEN STAATLICHES PREISDIKTAT

Der Presseausschuss

Beilagen erwähnt

Gute Gründe gegen die Preisüberwachung

(G.E.) Die Abstimmung über die Preisüberwachungsinitiative fällt in eine Zeit, in der die Sicherung der Arbeitsplätze im Vordergrund stehen muss. Die heutige Wirtschaftslage ist alles andere als preistreibend. Angesichts des fehlenden Wirtschaftswachstums ist kein Nachfragedruck vorhanden, der die Preise in die Höhe treibt. Preissteigerungen sind kostenbedingt; sie sind vor allem Ausdruck der steigenden Löhne.

Jede Preisüberwachung ist ein Fremdkörper in unserem marktwirtschaftlichen System. Sie führt zu Störungen des Wettbewerbs und zu Verzerrungen in der Wirtschaftsstruktur, die wir in der sonst schon schwierigen wirtschaftlichen Situation nicht brauchen können.

Die heutige Konkurrenzsituation in der Schweiz präsentiert sich völlig anders, als die Initiantinnen es darstellen. Zahlreiche Unternehmen klagen über den zum Teil ruinösen Wettbewerb, der viele Kleinbetriebe in ihrer Existenz gefährdet. Die ständige Preisüberwachung würde diese Tendenz noch fördern. Staatliche Preisvorschriften wirken sich kartellähnlich aus, weil für alle Unternehmen einheitliche Kostenstrukturen angenommen werden. Die Preisüberwachungsinitiative beeinträchtigt damit längerfristig den Wettbewerb, den sie zu schützen vorgibt. Sie begünstigt die Grossen und verdrängt die Kleinen vom Markt.

Auch gut organisierte Kartelle sind nicht in der Lage, willkürlich hohe Preise festzulegen und durchzusetzen. Die Konkurrenz von Aussen- und vor allem aus dem Ausland setzt den Preisabsprachen enge Grenzen. Preisvereinbarungen dienen heute vor allem der Sicherung von Arbeitsplätzen gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Als Arbeitnehmer muss den Konsumenten auch diese positive Seite der Kartellabsprachen interessieren.

Auch ein guter Preisüberwacher ist kein Uebermensch. Er ist nicht in der Lage, den wirklich "gerechten" Preis festzusetzen. Der gleiche Preis erscheint oft dem Konsumenten als übersetzt, dem Anbieter dagegen als ungenügend. Ein möglichst ungestört funktionierender Markt sorgt hier am besten für den Ausgleich der Interessen. Auch bei den

staatlichen Monopolbetrieben kann der Preisüberwacher nichts ausrichten, handelt es sich dabei doch weitgehend um politische Preise, deren Reduktion unwillkürlich zu höheren Defiziten und damit zum zusätzlichen Einsatz von Steuergeldern führen würde. Der Preisüberwacher kann aber auch die steigenden Kosten nicht verhindern, vor allem nicht die steigenden Lohnkosten, die weitgehend durch sozialpartnerschaftliche Absprachen fixiert sind.

Der Preisüberwachung, wie sie während der Jahre 1973-1978 durch die beiden Preisüberwacher Dr. Leo Schürmann und Dr. Leon Schlumpf ausgeübt wurde, entspricht genau der Gegenvorschlag der Bundesversammlung. Die Preisüberwachung soll als flankierende Massnahme bei einer übermässigen Teuerung eingesetzt werden. Die Initiative verlangt dagegen ein ständiges Preisüberwachungsamt, das sicher rasch zu einer riesigen Bürokratie anwachsen würde.

Preisüberwachung kann die Teuerung nicht massgeblich beeinflussen. Sie ist lediglich Symptombekämpfung. Ausschlaggebend sind die Geldmengenpolitik, die Währungspolitik und die allgemeine Wirtschaftslage. Beim Konsumenten werden durch Preisüberwachungsmassnahmen in bezug auf die Möglichkeiten zur Eindämmung der Teuerung falsche Hoffnungen geweckt, die nicht erfüllt werden können.

Je länger Preisüberwachungsmassnahmen bestehen bleiben, desto negativer wirken sie sich aus.

Die "Volksinitiative zur Verhinderung missbräuchlicher Preise" muss klar abgelehnt werden. Der Gegenvorschlag der Bundesversammlung ist zwar das kleinere Uebel, hätte aber mindestens teilweise die gleichen negativen Auswirkungen auf Wettbewerb und Wirtschaftsstruktur in unserem Land. Deshalb begegnet man den beiden Preisüberwachungsvorlagen am besten mit einem doppelten Nein.

Stabile Preise - ein Wunschtraum

(s.n.) Der Wunsch nach stabilen Preisen ist gefühlsmässig verständlich, aber kaum zu erfüllen, jedenfalls nicht durch staatliche Preisüberwachung.

Ungeliebte echte Stabilität

Um eine Preisstabilität zu erreichen, müssten auch die Löhne, die Arbeitszeit, die Zahl der Arbeitskräfte, die Materialkosten sowie Angebot und Nachfrage starr auf den bestehenden Zustand fixiert werden. Ein solches Einfrieren wirtschaftlich bedeutsamer Elemente ist aber nicht zu erreichen. Seien wir doch ehrlich: Wer möchte nicht mehr verdienen oder mehr kaufen mit seinem Mehrverdienst? Die Bereitschaft, die Bedingungen echter Stabilität zu erfüllen, fehlt im allgemeinen oder bezieht sich auf das St. Floriansprinzip, das heisst, der liebe Nachbar soll...

Unechte Stabilität durch Preiskontrolle?

Die echte Stabilität wünscht im Grunde genommen niemand. Beliebter ist die unechte, die besagt "ich bekomme mehr, aber du nicht". Eine Behörde würde, wie es den Initianten vorschwebt, einseitig die Preise bremsen, die Löhne und andere Wirtschaftsfaktoren aber laufen lassen. Nach einem kurzen Rückstau der Preise würde ein Dammbbruch unvermeidlich, da hinter den Preisen anderes, z.B. höhere Lohnkosten, frei zuströmen und einen Ueberdruck verursachen würde. Gegen diesen Ueberdruck wären die Behörden machtlos. Der Katzenjammer all derer, die an die Segnungen der Staatskontrolle glaubten, wäre perfekt.

Inzwischen würde aber der einseitige Staatseingriff die wirtschaftlichen Verhältnisse durcheinandergebracht, hier unerwünscht begünstigt, dort unerwünscht benachteiligt haben. Die Wirtschaft würde schlechter als zuvor funktionieren. Stabilität bliebe Wunschtraum. Das ist das traurige Fazit dieses angeblich konsumentenfreundlichen Staateingriffes.

Wettbewerb bleibt bestes Korrektiv

Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, höhere Preise seien das Werk dunkler Missetäter. Die Ursachen liegen im Verhalten aller. Ein gutes Korrektiv war stets die Zunahme des Wettbewerbs. Er hielt die Inflation in engeren Schranken als in anderen Ländern der dortige Interventionismus. Die Schweiz hat weniger Inflation als interventionsfreudige Länder.

Jetzt ist sogar eine bedrohliche Wettbewerbsverschärfung zu verspüren, die bereits auch schon Arbeitsplätze gekostet hat. Die Abschwächung der Inflation steht ohne Preisüberwachung vor der Türe. Was hier ein staatliches Preisdiktat noch zu suchen hat, ist unerklärlich. Es würde höchstens die wirtschaftliche Stagnation verstärken, was wirklich niemand will. Deshalb gilt es, am 28. November zweifelhaftes Massnahmen abzulehnen mit 2 x Nein zu permanenten und temporären Preisdiktaten, die mehr gefährden als bringen.

Die Einsicht von Monsieur Prix

(H.G.) Der seinerzeitige Preisüberwacher und heutige Bundesrat Leon Schlumpf gab sich am Ende seiner Ueberwachertätigkeit keinen Illusionen hin. Ende 1978, kurz vor dem Auslaufen der Preisüberwachung, bestätigte er in einem Interview, dass ohne diese Massnahme die Inflation kaum an einem anderen Ort stünde, "denn für die Stabilität waren vor allem andere Faktoren - Geldmengenpolitik, Rezession und Frankenaufwertung - verantwortlich".

Damit gab Leon Schlumpf zu, dass die Wirksamkeit der staatlichen Massnahmen sehr beschränkt war. Allerdings wand er der Preisüberwachung ein bescheidenes Kränzlein - wie sollte er anders, nachdem er sie selber betreut hatte? Aber in der ersten Zeit der staatlichen Massnahmen war die Teuerung noch sehr hoch, bis gegen 10 Prozent in einem Jahr. Sie sank dann infolge der Rezession bis auf 1 Prozent pro Jahr hinunter. Es war der bedenkliche Rezessionseinbruch samt Beschäftigungsrückgang, der den Preisanstieg dämpfte, nicht die staatliche Reglementierung. Darüber soll man sich jetzt im klaren sein, wenn es um die neuen Anläufe zu staatlicher Preisüberwachung geht. Diese hat nur an Symptomen herumkuriert und keine wirklichen Erfolge verbucht.

"Nun gut", wird etwa eingewendet, "hat sie nichts genützt, so hat sie wenigstens auch nichts geschadet". Da muss man widersprechen. Sie hat nämlich geschadet. Zehntausende von Betrieben mussten unproduktive administrative Uebungen mitmachen. Der unproduktive Aufwand verursachte Einbussen bei der Wirtschaftlichkeit und der Beschäftigung. Die Vorschriften stärkten zudem weit herum den Irrglauben, dass auf diese Weise irgend etwas gewonnen worden sei.

Ende November stimmen die Schweizerinnen und Schweizer über zwei Preisüberwachungsvorschläge ab. Die Initiative will zahlreiche Preise ständig kontrollieren lassen. Auf diese Weise verfälscht man den Wettbewerb, weil die staatliche Kontrolle unfehlbar ein die Realität verfehlendes Schema einführt. Die staatlich erlaubten Höchstpreise

würden zu allgemein gehandhabten Fixpreisen, während ohne Kontrolle manche Firmen unter dieser Limite geblieben wären. Zur Initiative kann es nur ein Nein geben.

Der Gegenvorschlag ist, indem er nur befristete Ueberwachungen in Aussicht nimmt, das kleinere Uebel, aber gleichwohl ein Uebel. Leicht gemildert treffen die Einwände gegen die Initiative auch auf den Gegenvorschlag zu. Die Stimmbürgerschaft nimmt in der Abstimmung eine Weichenstellung vor. Will sie sich zur Staatskontrolle bekennen, die überall Schiffbruch erlitten hat, oder zu einem Wettbewerbssystem, das die Schweiz über Länder mit viel Staatsinterventionismus hinausgehoben hat? Die Frage stellen heisst sie auch schon beantworten, nämlich mit einem doppelten Nein am 28. November.